



Mieterbeirat der Landeshauptstadt München

Büro: Burgstraße 4, 80331 München
Tel. (089) 2332 4334
Fax (089) 2332 11 80

Mail: mieterbeirat@ems.muenchen.de
16/ Oktober 2012

Pressemitteilung

GBW Sozialcharta XXL entpuppt sich als Knallbonbon XXS

Die Bayer. Staatsregierung verkauft meistbietend 80.000 GBW-Mieter.

Wie aus dem Gespräch zwischen Staatsregierung vertreten durch Ministerpräsident Seehofer und Finanzminister Söder und Mietervertreter am Mittwoch, dem 10. Oktober 2012 in der Staatskanzlei hervorgeht, ist die Regierung nicht gewillt, ihre Verantwortung für die Mieter der GBW-Wohnungen zu übernehmen.

Obwohl durch die gewagten Spekulationen der Landesbank ,unter Aufsicht der damaligen Regierung Stoiber, ein Scherbenhaufen zurückgelassen wurde, glaubt die Regierung Seehofer den schwarzen Peter an den Schwächsten der Kette, -die 80.000 Mieter- weitergeben zu können.

Die EU in Brüssel hat den Kauf der Wohnungen durch den Freistaat nicht grundsätzlich verboten. Ministerpräsident Seehofer sieht aber ein Restrisiko, einen möglichen Verstoß gegen Brüsseler Vorgaben, wenn er sich darauf einlassen würde.

Als Feigenblatt für diese Haltung versprach Seehofer einen XXL- Mieterschutz, der sich aber bei genauerem Hinsehen als XXS Größe zeigt.

So sollen nach dieser Sozialcharta den Mietern ein dauerhafter Kündigungsschutz eingeräumt werden.

Was nützt dies, wenn weiter unten in der Sozialcharta aber pro Jahr 5% Mieterhöhung erlaubt sind?

Jeder Rentner wird nach 10 Jahren mit 50% Mieterhöhung rechnen können, bei fast gleichbleibender Rente. So geht es weiter.

Das groß verkündete Rücktrittsrecht bei Verstößen des Käufers gegen die Sozialcharta, kann man als nutzlos ansehen, da die Staatsregierung, wie oben schon berichtet, überhaupt kein Interesse an diesen 33.000 Wohnungen hat, und die gerade verscherbelten Bestände niemals zurücknehmen würde.

So will es auch Brüssel.

Der Mieterbeirat lehnt dieses Angebot für die Mieter ab und bleibt bei seiner Forderung:

- Kein Verkauf der Wohnungen an den Meistbietenden.
- Einführung von Mieterschutzklauseln in die einzelnen Mietverträge und zwar vor Verkauf der GBW-Wohnungen
- Der Freistaat muss sich endlich seiner Verantwortung stellen.
- So wie dem Mieterbeirat sollten dem Freistaat 80.000 Mieter mehr Wert sein, als eine abgewirtschaftete Landesbank.